



**Stadt: Golßen**

☒ öffentlich    ☐ nicht öffentlich    ☐ Dringlichkeit

Gremium	Beteiligung	Datum der Sitzung	TOP	Beratungsstatus
Bildungs-, Jugend-, Kultur- u. Sportausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Planungs-, Bau-, Wirtschafts- u. Umweltausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Hauptausschuss	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Mahlsdorf	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Ortsbeirat Zützen	<input type="checkbox"/>			vorberatend
Stadtverordnetenversammlung	<input type="checkbox"/>			beschließend

**Beratungsgegenstand:** Durchführung von Sitzungen der Gremien der Stadt Golßen in digitaler Form

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Lüben - HA	44-2021	11.02.2021

## **A. Beschlussvorlage:**

### **Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:**

Unter Berufung auf § 4 der Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage (Brandenburgischen kommunalen Notlagenverordnung (BbgKomNotV) ab sofort und für deren Geltungsdauer der BbgKomNotV, ihre Gremiumssitzungen der Gemeindevertretung/Stadtverordnetenversammlung bei Vorliegen der jeweils erforderlichen Voraussetzungen in folgenden normierten Sitzungsformaten durchgeführt werden können

1. Präsenzsitzungen gemäß § 5 Abs. 1 BbgKomNotV
2. Hybridsitzungen gemäß § 5 Abs. 2 i. V. m. §§ 6 und 7 BbgKomNotV
3. Videositzungen gemäß § 6 BbgKomNotV
4. Audiositzungen gemäß § 7 BbgKomNotV
5. Schriftliches Umlaufverfahren gemäß § 8 BbgKomNotV.

### **Begründung der Beschlussvorlage:**

Aufgrund der landesweit festgestellten außergewöhnlichen Notlage (SARS-CoV-2-Pandemie) regelt der Minister des Innern und für Kommunales in der erlassenen BbgKomNotV Ausnahmen von kommunalverfassungsrechtlichen und kommunalwahlrechtlichen Vorschriften für Gemeinden, Ämter, Verbandsgemeinden, Landkreise und Zweckverbände zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der

kommunalen Organe.

Der Gemeindevertretung/Stadtverordnetenversammlung stehen in der Notlage die Möglichkeiten der §§ 5 bis 7 zur Durchführung von Sitzungen zur Verfügung. (§ 2 Abs. 1 BbgKomNotV)

Die Stadtverordnetenversammlung und der Hauptausschuss können Sitzungen als Präsenzsitzungen, Videositzungen oder Audiositzungen durchführen. Audiositzungen sollen nur dann durchgeführt werden, wenn eine Videositzung technisch nicht umsetzbar ist. Sie können Beschlüsse über Beratungsgegenstände, welche in dem Verfahren nach den §§ 5 bis 7 behandelt wurden oder bei denen im Rahmen einer Sitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde, auch im schriftlichen Umlaufverfahren fassen.

Von welcher Form Gebrauch gemacht wird, entscheidet der Vorsitzende.

Die Kommunalnotlagenverordnung wurde zunächst befristet bis 30.06.2020, 30.09.2020, 31.12.2020 und ist nunmehr bis zum 30.06.2021 befristet. Zum derzeitigen Zeitpunkt ist ein Ende der Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen nicht absehbar. Zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses der Stadt Golßen empfiehlt es sich, die o.g. Beschlussvorlage zu fassen, um zeitnah bei Vorliegen aller technischen Voraussetzungen eine rechtliche Grundlage zu besitzen, in alternativen Sitzungsformen zusammentreten zu können.

Gemäß § 9 BbgKomNotV ist die Öffentlichkeit für die aufgeführten Sitzungsformen entsprechend zu gewährleisten.

### **Hinweis:**

### **Finanzielle Auswirkungen**

Ja ☐ Nein ☒

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: \_\_\_\_\_ im \_\_\_\_\_ i. H. von \_\_\_\_\_ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt \_\_\_\_\_ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : \_\_\_\_\_ € einmalig  
\_\_\_\_\_ € jährlich  
\_\_\_\_\_ € keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto \_\_\_\_\_ in Höhe von \_\_\_\_\_ €  
noch verfügbare Mittel \_\_\_\_\_ €  
Vergabevorschlag \_\_\_\_\_ €.

### **Anlagen**

---

**B.1. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:**

Anhörung war erforderlich

- ☐ Ja                      ☐ Nein
- ☐ Stellungnahme liegt anbei
- ☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

---

**B.2. Stellungnahme Hauptausschuss:**

- ☐ Zustimmung Hauptausschuss
- ☐ Ablehnung Hauptausschuss
- ☐ Beschlussvorlage lag dem Hauptausschuss nicht vor

---

Datum

Unterschrift des zuständigen FA-Leiters:  
Herr Urchs - Amtsdirektor

**C. Beschluss:** Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage oder Ablehnung der Beschlussvorlage**

**Zustimmungsempfehlung Hauptausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Zustimmungsempfehlung Bildungsausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Zustimmungsempfehlung Bauausschuss:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

**Abstimmungsergebnis:**

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

**Sichtvermerk/Datum:**

Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzende/r der Stadtverordnetenvertretung
------------	--------------	-------------------------------------------------